



Im Spiel der Kräfte muss den Europäern künftig eine wichtige Rolle zukommen, sagt EU-Kommissar Günther Oettinger.

Foto: SWP Montage, niroworld/Shutterstock.com

Nur als Europäer können wir stark sein

Zukunft Die Nationalstaaten müssen endlich verstehen: Die EU ist die einzige Formation, in der es sich mit Erfolg für unsere Werte und Interessen kämpfen lässt. So können wir neben den USA und China zur dritten Kraft werden. *Ein Gastbeitrag von Günther Oettinger.*

Wo stehen wir heute in Baden-Württemberg und Deutschland? Die vergangenen Jahre waren geprägt von steigenden Steuern, von einer steigenden Zahl an Arbeitsplätzen, von wachsendem Wohlstand. Jetzt aber trübt sich die Lage ein. Wie wird es weitergehen, wenn die Autoindustrie Arbeitsplätze in großer Zahl abbaut? Was passiert, wenn man bei den neuen Antriebstechnologien keine Kolben von Mahle mehr braucht, keine Zündkerzen von Bosch, keine Abgasanlagen von Eberspächer, auch kein Getriebe von ZF und keine Kühler von Behr? Die Kernbranche Baden-Württembergs ist in Gefahr.

Und wie sieht es in Europa aus? Wir haben in Europa Stärken und Schwächen. Zu den Stärken zählt beispielsweise, dass Polens Wirtschaft unglaublich wächst. Die Slowakei und Tschechien haben pro Einwohner mehr Automobil-Produktion als Deutschland. Ungarn ist trotz Premier Orban wirtschaftlich hervorragend unterwegs. Ebenso die Kleinen: Lettland, Estland, Litauen, Finnland. Ich rate dringend von der Arroganz ab, zu meinen, wir seien die Größten, Besten und Schnellsten.

Zu den Schwächen gehören Europas Probleme im Inneren: Die Rechtsstaatlichkeit ist in Polen, Ungarn oder Rumänien bedroht. Wir laufen Gefahr, dass die hohe Verschuldung Italiens auf die Banken durchschlägt. Und dann der Brexit. Europa ist zurzeit mit sich selbst beschäftigt – in Wahrheit gelähmt. Die Gewinner sind die Chinesen und Mister Trump. Europa hat auch mit Risiken von außen zu kämpfen: Inflation in der Türkei, Handelsstreit zwischen den USA und China, die Lage in Venezuela, Argentinien am Tropf des Internationalen Währungsfonds und ein neuer Präsident in Brasilien, gegen den selbst Donald Trump ein vergleichsweise liberaler Mensch ist.

Wir leben in einem Wettbewerb der Werte, in einem Kampf der Systeme. Wir sind nach dem Krieg in einer Werteordnung aufgewachsen, die sich im Grundgesetz und im Vertrag von Lissabon widerspiegelt. Werte wie parlamentarische Demokratie, soziale Marktwirtschaft, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit. Aber

auch Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit. Eine liberale Gesellschaft, voller Freiheit und Freizügigkeit. Ein Menschenbild, das geprägt ist von Toleranz bis hin zum Gebot der Nächstenliebe. Wir haben diese Werteordnung bis zum Schwarzen Meer, in den Mittelmeer- und in den Ostseeraum exportiert.

Jetzt erleben wir andere Ordnungen – und Unordnungen: Terrorismus, Religionskriege, Islamismus, Diktatur, Vertreibung, Vergewaltigung, Tod. Es gibt auch

Ordnungen, die unsere Werte nicht akzeptieren – in Ankara und Moskau regieren Autokraten. Und schließlich die ganz andere Ordnung: China, das uns schon heute technologisch auf Augenhöhe begegnet. Im Jahr 2050 will man hierin, aber auch militärisch führend sein. Von den wichtigsten Errungenschaften der vergangenen 15 Jahre stammt nichts aus dem Ingenieursland Baden-Württemberg und Deutschland, wenig aus Europa. Wenn diese Entwicklung nochmals 15 oder 20 Jahre anhält – dann gute Nacht.

Wie wir Souveränität zurückholen

In diesem Kampf der Systeme brauchen wir ein Ziel. Meine Empfehlung ist das europäische Ziel. Es geht dabei um Rechtssetzung, um das Festlegen von Standards. Heute bestimmen noch die Gruppe der G7 und der G20. Die Welt von übermorgen wird entweder von G2 oder von G3 geprägt – wenn es um Klimaschutz, um Industriestandards, Innovation, Forschung, Friedenssicherung und militärische Sicherheit geht. Wenn G2 die Welt dominiert, sind das die USA mit sinkendem Gewicht und das aufsteigende China. Der Dritte bei G3 kann nur Europa sein.

Man schaue sich die heutige G7 an. Sieben Staatschefs, darunter vier Europäer. Wer glaubt wirklich, dass das auch 2050 noch so sein wird? Vergessen Sie es. Als erstes fliegen die Italiener raus – ciao! Dann reicht es für die Franzosen nicht mehr – Merci beaucoup und Au revoir! Dafür erstarken die Inder, Chinesen, Nigerianer, Brasilianer. Zwerge sind wir alle, hat Ex-Kanzler Gerhard Schröder unlängst gesagt. Die Nationalstaaten werden in Zukunft immer weniger Autorität haben und seltener mitentscheiden. Nur wenn wir uns verbünden, wenn wir

Kompetenzen europäisch wahrnehmen, holen wir uns die Souveränität zurück, die wir alleine nicht mehr haben.

Ich war zuletzt auf drei großen Tagungen. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos, das noch vor zehn Jahren von europäischen Konzernen geprägt wurde, dominierten in diesem Jahr die Big Five aus den USA: Microsoft, Facebook, Google, Amazon und Apple. Sie haben vor 15 Jahren noch keine Rolle gespielt. Die Europäer sind inzwischen Köche und Kellner, machen Fahrdienste vom Flughafen Zürich nach Davos.

Zweites Beispiel: die Münchner Sicherheitskonferenz. Nur zwei Themen waren wirklich wichtig – der chinesische Technikkonzern Huawei und die Amerikaner, die mehr finanzielle Beteiligung an den Ausgaben für unsere äußere Sicherheit verlangen.

Drittens: der Mobile World Congress in Barcelona, die wichtigste Mobilfunkmesse der Welt. Es waren alle da, zualtererst die Chinesen. Die digitale Revolution ist eine Revolution. In der digitalen Welt braucht man entweder Daten oder Geld. Am besten man hat beides, um Erfolg zu haben.

Nun weiß ich auch: Europa ist nicht perfekt, Europa hat Schwächen. Aber Europa ist die einzige Formation, in der wir für unsere Werte erfolgreich eintreten können. Wir müssen endlich für sie kämpfen – gegen Autokraten, gegen Populisten, gegen Neonationalisten. Freizügigkeit erscheint uns selbstverständlich, ist es aber nicht. In den USA werden Mauern geplant, bei uns hat man Mauern beseitigt.

Als ich mit 19 Jahren und langen Haaren bis zu den Schultern mit meinen Studienkollegen erstmals von Tübingen nach Straßburg fuhr, wurden wir in Kehl und Straßburg je eine halbe Stunde gefilzt: Innenraum, Motorraum, Kofferraum. Bürokratie pur. Heute fährt die Stadtbahn vom Rathaus Kehl zum Münster in Straßburg im Acht-Minuten-Takt. Was für eine Veränderung! Oder Görlitz, meine Lieblingsstadt: Nach dem Krieg geteilt, ein Teil gehörte zur DDR, der andere zu Polen. Mit der EU-Mitgliedschaft Polens wurde der Trennungsfluss Neiße zur Lebensader, wurden Brücken gebaut, die Stadt wächst wieder zusammen.

Inzwischen sind auch Kroatien und Slowenien Mitglied der EU, sechs ande-

re Länder auf dem Westbalkan wollen es werden. Diesen Ländern eine glaubhafte Beitrittsperspektive zu geben, ist für mich die erste Herausforderung der EU für die nächsten zehn Jahre.

So können wir Werte und Frieden exportieren. Denn diese Länder halten sich an unsere Werteordnung, sie wollen zu uns, sie strengen sich an. Aber wir müssen uns eine zentrale Frage stellen: Wollen wir sie eigentlich, wollen wir die Serben wirklich? Was wir doch wollen ist: Dubrovnik, Weltkulturerbe. Split, Urlaub an der Adria. Und im Winter Cevapcici in der Innenstadt und danach einen Sliwowitz. Doch das allein reicht nicht.

Wenn die Beitrittsperspektive nicht glaubwürdig ist, werden sich diese Länder von uns ab- und Moskau oder Ankara zuwenden. Mit der möglichen Folge von Grenzverschiebungen und Religionskriegen. Und es kämen wieder hundertausende Flüchtlinge zu uns. Soweit zu denken, ist unsere Verantwortung. So wichtig der Export der S-Klasse auch ist – der Export von Frieden ist wichtiger.

Zweitens: Europa darf nicht wie in einem Sandwich zwischen den USA und China erdrückt werden. Wir müssen unseren eigenen Weg gehen, sicher näher an den Amerikanern, aber nicht als Satellit der USA. Dafür brauchen wir eine stärkere europäische Außenpolitik. Das funktioniert aber nur, wenn wir endlich das Mehrheitsprinzip bei Abstimmungen im Ministerrat einführen.

Das dritte Thema heißt Afrika. Was für Baden-Württemberg der Bodensee mit seinen angrenzenden Regionen ist, das ist für Europa das Mittelmeer. Nachbarschaft ist Schicksal. Das nördliche Afrika, der Libanon, Palästina und Israel sind unsere Nachbarn – nicht die der USA oder Chinas. Entweder wir exportieren Stabilität oder wir werden Instabilität importieren. Wir müssen Partnerschaften eingehen und den Menschen dort, wo sie geboren werden, eine Perspektive geben: Sicherheit, Nahrung, Wasser, Kleidung, Bildung für die Kinder, Arbeit. In diesen Dimensionen kann nur Europa etwas bewirken. Den Nutzen davon werden sowohl Deutschland als auch Baden-Württemberg haben.

Der Gastbeitrag entstand nach einem Vortrag, den Günther Oettinger unlängst beim „Zukunftsforum Genossenschaft“ in Stuttgart hielt.

„So wichtig der Export der S-Klasse auch ist – der Export von Frieden ist wichtiger.“



FOTO: URSULA DÜREN/DOPA

Von Stuttgart nach Brüssel

EU-Kommissar Günther Oettinger (65) wurde in Stuttgart geboren und wuchs in Ditzingen auf. Er studierte Jura und Volkswirtschaftslehre in Tübingen, von 1983 bis 1989 war er Landeschef der Jungen Union. 1984 wurde der CDU-Politiker zum ersten Mal in den baden-württembergischen Landtag gewählt, von 1991 bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im Jahr 2005 war er Fraktionsvorsitzender. 2010 trat er als Ministerpräsident zurück und wechselte als EU-Kommissar für Energie nach Brüssel. Nach der Europawahl 2014 wurde er Kommissar für Digitales, 2017 für Haushalt und Personal.